

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwlan

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 646 ppton d



Inhalt

42. Jahrgang / 158

21. August 1987

Klaus Daubertshäuser MdB warnt vor der EG-weiten Signalwirkung belgischer Autobahngebühren: Belgische Regierung bremst europäische Integration.

Seite 1

Rudi Walther MdB erläutert die neuen Haushaltsrisiken durch die geringeren Steuereinnahmen: Stoltenbergs Schuldenberg wird wachsen.

Seite 2

Robert Antretter MdB weist auf eine merkwürdige Finanzierungsweise der Bundesregierung hin: Griff in die falschen Taschen.

Seite 6

Belgische Regierung bremst europäische Integration

Autobahngebühren sind ein Anachronismus

Von Klaus Daubertshäuser MdB
Verkehrspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Gegenüber den Plänen der belgischen Regierung, auch dort eine Autobahngebühr einzuführen, hätte die Bundesregierung Härte zeigen müssen. Sie hätte nicht Prüfaufträge erteilen, sondern Handlungsbereitschaft wirkungsvoll bekunden müssen. Die Bundesregierung hat aber wieder einmal den Mund zu voll genommen. Sie will es jetzt bei einem Minimalprotest belassen. Dies unglückliche Verhalten kann die belgische Regierung bestärken, ihre Pläne für eine Autobahngebühr umzusetzen.

Die Entscheidung der belgischen Regierung, Ausländer künftig mit einer Autobahngebühr zu belasten, ist ein Schlag ins Gesicht aller Europäer. Sie zeigt das Scheitern der bisherigen EG-Verkehrspolitik auf diesem Sektor.

Die Einführung einer Autobahngebühr für Ausländer in Belgien verstößt gegen geltendes EG-Recht. Kein EG-Land darf Bürger eines anderen EG-Landes diskriminieren. Der Europäische Gerichtshof wird deshalb die von Belgien vorgesehene Autobahngebühr außer Kraft setzen, wenn das belgische Parlament dem Beschluß der belgischen Regierung Gesetzeskraft verleiht.

Autobahngebühren in Europa sind ein Anachronismus. Sie gehören abgeschafft. Ziel muß sein, die Kosten aus dem Straßenbau, der Straßenunterhaltung und dem Straßenverkehr über die Mineralölsteuer abzudecken. Damit würden alle Autofahrer - Inländer wie Ausländer - entsprechend ihrer Straßennutzung auch zu den Infrastrukturkosten herangezogen.

Die Grünen haben sich mit ihrem Beifall zu den belgischen Gebührenplänen entlarvt. Bereits jetzt subventionieren die Wenigfahrer die Vielfahrer. Offenbar wollen die Grünen dies Prinzip - wider die verkehrspolitische Vernunft - ausbauen.

(-/21.8.1987/st/ks)

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag,
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Printed in Germany
by the Bonn Press
Reproduction



Stoltenbergs Schuldenberg wird weiter wachsen

SPD-Befürchtungen hinsichtlich geringerer Steuereinnahmen bestätigt

Von Rudi Walther MdB
Vorsitzender des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages
Berichterstatter für den Verteidigungshaushalt

1. Schneller als erwartet werden konnte sind die Befürchtungen der SPD hinsichtlich geringerer Steuereinnahmen in der Zukunft durch eine neue Schätzung des renommierten Münchener IFO-Institutes bestätigt worden. Im IFO-Schnelldienst Nummer 43 vom 14. August 1987 wird dargelegt, daß im Finanzplan 1988 bis 1991 des Bundes insgesamt 25,6 Milliarden DM Steuereinnahmen fehlen werden, davon schon 0,9 Milliarden DM im Jahre 1988.

Auch für 1987 werden noch einmal zusätzlich 1,1 Milliarden DM im Bundeshaushalt fehlen, die die Neuverschuldung 1987 auf über 27 Milliarden DM hochtreiben werden; über fünf Milliarden DM mehr als im Haushaltsjahr 1987 vorgesehen.
2. Geringere Steuereinnahmen werden die Netto-Verschuldung in den Folgejahren nicht nur erhöhen, sondern auch die Zinsbelastung des Bundes weiter ansteigen lassen. Die von der SPD ausgesprochene Befürchtung, die Zinsbelastung des Bundes werde im Jahre 1991 auf über 40 Milliarden DM ansteigen, wird durch die neueste Entwicklung noch wahrscheinlicher.
3. Die großen Probleme des Bundesfinanzministers werden noch größer, wenn es im Herbst zu dem vom Bundeskanzler in Aussicht gestellten „Nachschlag“ für den Haushalt des Bundesverteidigungsministers kommt.
4. Die beiden von Bundesverteidigungsminister Dr. Wörner gewollten Großbeschaffungsvorhaben, nämlich Panzerabwehrhubschrauber 2 und Jäger 90 bringen die eigentlichen Probleme im Bundeswehrhaushalt. Vor allem das Heer hat dadurch große Finanzierungsschwierigkeiten bei Beschaffungen, die auch Sozialdemokraten unter dem Stichwort „strukturelle Nichtangriffsfähigkeit“ mittragen, wie zum Beispiel elektronische Führungssysteme.



5. Ich bleibe dabei, daß die Neuentwicklung des Panzerabwehrhubschraubers 2 völlig überflüssig ist. Die Entwicklung soll mit einem jetzigen deutschen Anteil von über 2,2 Milliarden DM nichts anderes erreichen, als etwas, was in den USA durch Lizenznachbau schon jetzt zu erhalten ist. Lizenznachbau sichert die Arbeitsplätze in der einschlägigen deutschen Industrie. Die Entwicklung eines neuen PAH 2 bringt überhaupt keinen technologischen know how-Gewinn für die deutsche Industrie. Die teure Entwicklung und die dadurch bedingte erheblich verspätete Einführung beim Heer (ab 1995 und später) bedingt nämlich eine Kampfwertsteigerung des PAH 1, die mehr als eine Milliarde DM kosten wird. Das teure neue „Spielzeug“ kostet also den Steuerzahler unnötigerweise weit mehr als drei Milliarden DM ohne einen erkennbaren zusätzlichen Nutzen.
6. Ich bleibe auch dabei, daß der Jäger 90 in der jetzt quattrolateral ins Auge gefaßten Form nicht finanzierbar ist. Ich habe auch große Zweifel, ob die anderen drei Partnerländer diese horrenden Beträge finanzieren können; dies gilt vor allem für Großbritannien, welches den gleichen Anteil wie die Bundesrepublik bezahlen will. In Großbritannien sind erst kürzlich die Verteidigungsausgaben um 2,5 Prozent, real also um mehr als fünf Prozent zurückgefahren worden. Der Bundesverteidigungsminister wäre gut beraten, jetzt noch einmal über Alternativen nachzudenken. Der point-of-no-return ist spätestens Anfang 1988 erreicht. Die Zeit, über Alternativen nachzudenken, wird deshalb immer knapper.
7. Die aktuelle Diskussion um die Einbeziehung der Pershing 1A in die Abrüstungsvereinbarungen muß auch unter dem Gesichtspunkt gesehen werden, daß das Waffensystem hoffnungslos veraltet ist und sowieso spätestens 1991 außer Dienst gestellt werden muß. Denn die ältesten Systeme sind jetzt schon über 25 Jahre alt und müssen schon allein aus Altersgründen ausgemustert werden. Technisch veraltet ist das System heute schon sowieso. Warum die Bundes-



regierung partout an einem solchen System festhalten will, obwohl es den schnelleren Abschluß von Abrüstungsvereinbarungen verhindern kann, ist völlig schleierhaft und bleibt ihr Geheimnis.

8. Als Mitglied des Postverwaltungsrates muß ich darauf hinweisen, daß die Bundespost 1988 rund 800 Millionen DM mehr an den Bundeshaushalt abzuführen hat als sie an Steuern bezahlen müßte, wenn sie wie ein vergleichbares Wirtschaftsunternehmen behandelt würde. Diese Mehrbelastung trifft vor allem den defizitären Gelben Bereich der Post besonders hart, weil auch diese Mehrbelastung das Defizit erst in die Höhe von über zwei Milliarden DM getrieben hat. Vor allem der Paket- und Päckchendienst, der den Löwenanteil dieses Defizits verursacht, muß sich schon jetzt dem Wettbewerb mit rosinenpickenden privaten Anbietern stellen und gerät schon allein durch diese Mehrbelastung hoffnungslos ins Hintertreffen.

Wer von der Post - auch im Grauen Bereich - mehr Wettbewerb verlangt, wie dies große Teile der Koalition wollen, muß deshalb auch dringend alle Wettbewerbsbenachteiligungen der Post beseitigen. Dazu gehört auch die überhöhte Postablieferung an den Bund. Der Bundesfinanzminister muß sich deshalb darauf einstellen, daß auch hier ein weiteres Haushaltsrisiko in Höhe von 800 Millionen DM mit jährlich steigender Tendenz besteht.

9. Wie der Bundesfinanzminister seine sogenannte Steuerreform 1990 finanzieren will, wird angesichts dieser Entwicklung immer schleierhafter.

Dr. Stoltenberg hat in der Ersten Lesung des Bundeshaushalts 1988 Anfang September die Möglichkeit, nicht nur dem Parlament sondern auch der gespannt wartenden deutschen Öffentlichkeit endlich reinen Wein einzuschenken.



Schätzung nach Steuerarten gemäß Finanzplan 1987-91

(in Klammern : Schätzungen des IfO-Institut)

	1987	1988	1989	1990	1991
— Milliarden DM — 1)					
1. Steuerschätzung Mai 1987					
— Bundesanteil an Lohnsteuer und veranlagter Einkommensteuer.....	82,5 (82,5)	85,3 (84,9)	91,6 (90,4)	98,2 (82,8)	105,1 (87,8)
— Bundesanteil an nicht veranlagten Steuer vom Ertrag und Körperschaftsteuer.....	18,5 (17,8)	20,4 (18,8)	21,4 (19,5)	22,4 (19,8)	23,4 (19,8)
— Bundesanteil an Steuern vom Umsatz *).....	61,7 (61,0)	64,2 (63,7)	67,2 (65,8)	70,3 (70)	73,7 (74,2)
— Bundesanteil an Gewerbesteuerumlage **).....	2,4	2,5	2,5	2,6	2,7
— Tabaksteuer.....	14,6 (14,5)	14,7 (14,5)	14,7 (14,4)	14,8 (14,4)	14,8 (14,4)
— Branntweinabgaben.....	4,1 (4)	4,1 (4)	4,1 (4)	4,1 (4)	4,1 (3,9)
— Mineralölsteuer.....	25,9 (26)	26,1 (26,3)	26,3 (26,2)	26,6 (26,4)	26,9 (26,6)
— Sonstige Bundessteuern..	6,9 (7)	7 (7)	7,2 (7,2)	7,3 (7,4)	7,5 (7,6)
2. Auswirkungen von Steuerrechtsänderungen.....		- 1,7	- 2,4	- 9,8	- 10,2
Steuereinnahmen.....	216,5	222,5	232,5	236,4	248,0

*) Bei den Angaben im Finanzplan sind bereits die EG-Eigenmittel und der Länderfinanzausgleich gegengerechnet, so daß für den Vergleich von einem Bundesanteil von 52,195 Prozent am Gesamtumsatzsteueraufkommen auszugehen ist.

**) Hierzu keine Angaben bei IfO.

(-/21.8.1987/st/ks)



Griff in die falschen Taschen

Bundesregierung belohnt Streckenstilllegungen mit Gemeindegeldern

Von Robert Antretter MdB
Stellvertretender Obmann der Arbeitsgruppe Verkehr der SPD-Bundestagsfraktion

Arge Roßtäuschermethoden erlaubt sich die Bundesregierung bei der geplanten Änderung des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes. Die Bundesregierung versucht erneut, in unverantwortlicher Weise ihre eigenen Finanzschwierigkeiten auf Kosten der Gemeinden zu lösen, und sie belohnt dabei auch noch die Bundesbahn für neue Streckenstilllegungen.

Die Bundesregierung hat nämlich in aller Hehllichkeit und ohne die Länder und kommunalen Spitzenverbände zu fragen beschlossen, im Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz die für die kommunalen Straßen vorgesehenen Bundeshilfen auf 2,5 Milliarden DM zu kürzen. Damit gehen den Gemeinden zur Lösung ihrer Verkehrsprobleme schon 1988 281 Millionen DM verloren, 1991 sind es sogar schon 378 Millionen DM. Dringende Projekte wie Umgehungen, Unterführungen, Tunnel oder Lärmschutzanlagen können nicht mehr gebaut werden.

Um den Schein verkehrspolitischer Aktivität zu wahren, gibt die Bundesregierung aus den ersparten Mitteln vorübergehend einen Zuschuß für den Kauf zusätzlicher Busse, wenn damit neue Buslinien im ländlichen Raum eingerichtet werden.

Somit geht das Geld an die Deutsche Bundesbahn, die im ländlichen Raum dann Buslinien neu einrichten muß, wenn sie Schienenstrecken stilllegt.

Durch den Zuschuß zum Buskauf wird sie also geradezu zu Streckenstilllegungen ermuntert und der Bund spart durch den Zuschuß bei den allgemeinen Haushaltsmitteln, die er sonst der Bundesbahn zuweisen müßte.

Dieser Gesetzentwurf muß mit aller Schärfe zurückgewiesen werden, insbesondere die Länder müssen die geplante Gesetzesänderung im Bundesrat torpedieren.

Wenn es der Bundesregierung wirklich um die Einsparung überflüssiger Straßen geht und nicht um das Zudrehen des Geldhähns für die Gemeinden, dann soll sie bei ihren eigenen Straßen anfangen. Die SPD-Bundestagsfraktion hat immer wieder in ihren Anträgen diejenigen Autobahn- und Bundesstraßenplanungen herausgestellt, die überflüssig und schädlich sind. Daran sollte die Bundesregierung sich orientieren.

(-/21.8.1987/st/ks)

* * *

